

Protokoll

24. Sitzung vom 28. November 2016

rsa

Seite 565

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 28. November 2016, 19.00 Uhr - 20.20 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	32 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Esther Ramirez, Ratssekretärin, Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv., sowie Peter Krapf, Ratsweibel
Entschuldigte	Christine Merseburger (Ferien) Walter Münch (Private Gründe) Christian Nufer (Krank) Stadtrat Heini Hauser (Ferien)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 5. September 2016
3. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die Amtsdauer 2014-2018
4. Weisung 15, vom 5. September 2016, Erweiterung Schulanlage Ort
5. Postulat des BFPW, vom 3. November 2016, betreffend zusätzliche Lehrstellen bei der Stadt; Begründung
6. Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 16. Juni 2016, überwiesen am 5. September 2016, betreffend Anschluss von Schönenberg an die ARA Wädenswil, Beantwortung
7. Einbürgerungen:
 - CLAYFIELD geb. Nitzsche Anke, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Grossengadenstrasse 5
 - KARUNAKARAN geb. Nadarajah Sathiyabama und ihre Kinder Kishany und Kishanth, alle sri-lankische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Speerstrasse 15
 - KHANGSAR geb. Bhuti Nyima und ihr Sohn Tenzin Yeshe, beide chinesische Staatsangehörige (tibetischer Herkunft), wohnhaft in Wädenswil, Stegstrasse 17b
 - LJAJIC Florina Linda, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Zopfstrasse 16

- MOSKOVA Mayya, zyprische und russische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Bürglistrasse 20
- NEUJAHR Nils, deutscher Staatsangehöriger, und sein Sohn Herbert Maximilian, deutscher und polnischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Au-Wädenswil, Apfelmatte 11

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig, am 18. November 2016, in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter begrüsst zur heutigen Gemeinderatssitzung. Sie erinnert, dass die Budgetsitzung vom 12. Dezember 2016 um 18.00 Uhr beginnt.

Auf dem Pult liegen zwei Einladungen. Eine sei von Regierungsrat Ernst Stocker. Er lade am 21. Juni 2017 ins Bildungszentrum Vordere Au ein. Die zweite Einladung sei von der Oberstufe Wädenswil. Es handle sich dabei um die Begrüssung im Neubau des Schulhauses Rotweg, Führung und Besichtigung, vom 14. Dezember 2016, 18.00 Uhr.

1.1 Eingänge

- Motion der BFPW-/SVP-Fraktion, vom 11. Juli 2016, betreffend Aufhebung der städtischen Ergänzungszulagen zur kantonalen Beihilfe; Stellungnahme des Stadtrats
- Schriftliche Anfrage der GLP-Fraktion, vom 3. Oktober 2016, betreffend Standortförderung Wädenswil
- Voranschlag 2017 der Politischen Gemeinde Wädenswil
- Postulat des BFPW, vom 3. November 2016, betreffend zusätzliche Lehrstellen bei der Stadt
- Protokoll der GR-Sitzung vom 5. September 2016
- Beantwortung Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 16. Juni 2016, überwiesen am 5. September 2016, betreffend Anschluss von Schönenberg an die ARA Wädenswil
- Bericht und Antrag zu Weisung 15, vom 5. September 2016, Erweiterung Schulanlage Ort

1.2 Überweisungen

-

2. Abnahme des Protokolls vom 5. September 2016

Das Protokoll der Sitzung vom 5. September 2016 wird genehmigt.

16.04.41

3. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die Amtsdauer 2014-2018

Die IFK schlägt **Judith Fürst, SP**, vor. Sie wird ohne Erweiterung und Auszählung als Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (Ersatz für den aus dem Gemeinderat zurückgetretenen Peter Hildebrand, SP) für den Rest der Amtsdauer als gewählt erklärt.

28.03.32

4. Weisung 15, vom 5. September 2016, Erweiterung Schulanlage Ort

Auf Nachfrage von **Gemeinderatspräsidentin Monika Greter** wird auf die Eintretensdebatte verzichtet.

Detailberatung:

Präsidentin der Sachkommission, Charlotte Baer, führt aus, dass sie mit „Gästen“ nicht einfach eine Höflichkeitsfloskel meine, sondern speziell die Vertreterinnen und Vertreter der Au, der Schuleinheit Au und des Elternrats Au anspreche.

„Lustig ist das Zigeunerleben“ hätten sie jeweils in der Schule als Kinder gesungen. Definitiv nicht mehr lustig sei aber das „Container-Leben“, erst recht nicht, wenn ein „Providurium“ drohe. Kein Wunder also sei die vorliegende Weisung 15 in der Öffentlichkeit - spreche in Presse, Leserbriefen und der Quartierzeitung Au - bereits andiskutiert worden. Schlagwörter wie „zwischen Stuhl und Bank gefallen“, „Container-Terminal“, „negatives Ortsbild“, „Farce und Schein“ seien gefallen, aber auch von einem „Silberstreifen am Horizont“ sei die Rede gewesen. Diesen Silberstreifen nehme sie jetzt auf, sozusagen als Adventslicht, passend zur Jahreszeit.

Sie fange an mit ein paar Klarstellungen:

- Heute Abend befänden sie ausschliesslich über die Erweiterungsbauten auf der Schulanlage Ort; es gehe um die Schulhäuser und nicht um das Unterrichtsangebot. Konkret seien dies erstens ein Baukredit von CHF 650'000.- für die Erweiterung des Westanbaus um drei weitere Klassenzimmer inkl. Gruppenräume im kommenden Jahr, und zweitens um einen Planungskredit von CHF 100'000.- für die Ausarbeitung eines Projekts zu einem neuen Schulhaus im Modulbau. Diese beiden Kredite seien heute spruchreif.
- Darüber hinaus seien aber noch mehr Erweiterungsvorhaben für die Schuleinheit Au in Vorbereitung, nämlich erstens ein Ersatzneubau des Kindergartens Toblerweg, zweitens die Aufstockung des Primarschulhauses Steinacher, das im 2018 vorgesehen sei und drittens eine neue Turn- und Sporthalle. Auf den Zeitpunkt und die Grösse komme sie noch. Ebenfalls hier zu erwähnen sei, viertens, der Rückbau des „Container-Terminals“.

Für die (Um-)Bauphasen würden die Container zwar noch als Rochadeflächen für logistische Zwecke gebraucht; spätestens im 2021 sollten sie dann aber endgültig verschwinden.

Anstatt die Vorgeschichte der Weisung 15 nochmals aufzurollen, gehe sie an dieser Stelle auf einige Fragen aus Leserbriefen ein. Gefragt worden sei

- ob Vertreter des Gemeinderats und Stadtrats schon vor der definitiven Versenkung des GRISU-Projekts am neuen Projekt gearbeitet hätten? Die Antwort sei Nein. Zeitgleich vorbereitet worden sei aber die Schulraumerweiterung auf der Westseite, wo jetzt die insgesamt vier Klassenzimmer im Elementbau entstehen sollen. Natürlich hätten sie über Alternativen nachgedacht, als eine Rückweisung nicht mehr habe ausgeschlossen werden können. Aber mit einem konkreten neuen Projekt hätten sie sich erst, aber sofort, nach dem Rückweisungsbeschluss durch das Parlament befasst.
- ob die Ablehnung des Projekts GRISU eine beschlossene Sache gewesen sei. Auch hier sei die Antwort Nein, auf keinen Fall. Besonders in der Sachkommission hätten sie sich schwer getan und letztlich sei ein knapper Mehrheitsentscheid gefällt worden. Sie seien sich voll bewusst gewesen - und damit komme sie zu einer weiteren Leserbrieffrage - dass ein Grossteil der Bevölkerung in der Au enttäuscht worden sei. Darum seien sie auch sehr bestrebt gewesen, den Rückweisungsantrag mit Empfehlungen und alternativen Vorgehensvorschlägen zu ergänzen und dem Stadtrat nicht einfach einen Scherbenhaufen zu präsentieren.
- ob die teure Doppelsitzung des Gemeinderats im Mai nur eine Farce, gewesen sei. Auch hier sei die Antwort Nein, denn gerade weil schon aus der Sachkommission ein Mehrheits- und ein Minderheitsantrag gekommen seien, hätten alle Parlamentarier natürlich nochmals versucht, im Plenum ihre Standpunkte und Argumente durchzusetzen. Niemand sei wirklich glücklich über das Scheitern von GRISU gewesen, aber das Projekt habe einfach eine Mehrheit nicht überzeugt. Es seien auch keine Siegergefühle aufkommen; vielmehr seien sie sich der Verantwortung bewusst gewesen, dass rasch möglichst eine ebenbürtige Alternative angeboten werden müsse.

Die Planung der Schulraumerweiterung Au laufe tatsächlich schon seit 2011 und es treffe zu, wie der Elternrat Au zu Recht sage, dass bis jetzt noch nicht viel Substanzielles ersichtlich gewesen sei. Es habe unentschuldbar viele Verzögerungen, Fehler, Missverständnisse und Kommunikationsdefizite gegeben, die nicht zuletzt auch Geld gekostet hätten. Doch heute dürfe gesagt werden, dass aus dieser Misere die Konsequenzen und Lehren gezogen worden seien. Fakt sei, wie vom Elternrat Au auch richtig ausgeführt, dass im Jahr 2011 in der Primarstufe Au 370 Schulkinder unterrichtet worden seien. 2015 seien es bereits 506 gewesen, Tendenz weiterhin steigend. Sie seien sich bewusst, dass jetzt 1/3 dieser Kinder in Provisorien unterrichtet würden und dass für diese Kinder zeitnah angemessener Schulraum geschaffen werden müsse. Das passiere jetzt mit einem Anbau im Elementbau an den Westtrakt. Dafür werde ein Baukredit von CHF 650'000.- beantragt. Bereits auf das laufende Schuljahr seien dort ein Schulzimmer und ein Gruppenraum errichtet worden. Das werde nun um drei weitere Klassenzimmer und einen Gruppenraum ergänzt.

Dann komme als eigentliches Kernstück der Weisung 15 der Planungskredit von CHF 100'000.- für ein Projekt zu einem neuen Schulhaus anstelle des baufälligen Pavillons auf der Ostseite des Areals. Vorgesehen sei ein zweistöckiger Modulbau, der für je vier Klassenzimmer und vier Gruppenräume Platz biete; optional sei sogar noch ein drittes Stockwerk möglich.

An dieser Stelle komme sie auf einen weiteren Hinweis aus Leserbriefen: Dass ein modernes Schulhaus nicht nur eine Aufreihung von Klassenzimmern bieten dürfe, wüssten sie. Dazu gebe es Richtlinien und Empfehlungen der Erziehungsdirektion. Die Zeiten mit ausschliesslichem Frontalunterricht in der Volksschule seien vorbei; zudem bestehe ein Trend Richtung Tagesschule. Folglich brauche es ergänzend zu den Klassenzimmern Gruppen- und Therapieräume, Aufenthalts- und Pausenzonen, Mittagstische, Schülerclub-Räume, Lehrerzimmer, Putzräume und natürlich WC. Diesen Anforderungen werde bei der Projektplanung Rechnung getragen und die erhöhte Flexibilität, die ein Modulbau biete, sei dazu die beste Voraussetzung.

Auch Turn- und Sporthallen brauche es, und sie wüssten, dass die bestehende Einfach-Halle nur deshalb noch genüge, weil das Kleinhallenbad Steinacher noch zur Verfügung stünde. Die Kapazitäten seien aber schon jetzt knapp. Ganz „auf der Strecke geblieben“ seien die Turnhallen, allen Unkenrufen oder Leserbriefen zum Trotz, aber doch nicht ganz. So sei bei der Planung des Neubaus Ost bereits Platzbedarf für eine neue Sporthalle berücksichtigt worden. Die Projektierung werde aber deshalb separat weiterverfolgt, weil im Fall einer Ansiedlung der Mittelschule im AuParc Synergienutzung und Mitfinanzierungsmöglichkeiten durch den Kanton bestünden. Im Rahmen von diesem Szenario sei übrigens auch von insgesamt fünf Turnhallen, verteilt auf die Areale Ort und AuParc, gemunkelt worden. Sie seien sich aber bewusst, dass auch wenn die Mittelschule nicht komme bzw. die Erziehungsdirektion ihren Entscheid weiter aufschiebe, bald mindestens eine Zweifachhalle errichtet werden müsse.

Zur Element- bzw. Modulbauweise. Zugegeben, auch für die Sachkommission seien diese alternativen Bauweisen ungewohnt. Entsprechend gründlich hätten sie diese hinterfragt und sich vergewissert, dass Beständigkeit und Nachhaltigkeit nicht auf dem Altar der Sparmassnahmen geopfert werden müssten. Element- bzw. Modulbauten seien keine Provisorien, sondern vollwertige Gebäude, die wärmetechnisch sämtliche Auflagen erfüllen, Minergiestandard aufweisen und in Bezug auf Akustik und Raumklima einen einwandfreien Schulunterricht ermöglichen würden. Auch bezüglich Beständigkeit und Nutzungsdauer seien sie konventionellen Bauten gleichwertig. Hingegen werde beim Elementbau mit vorfabrizierten Teilen, wie Wände und Decken, beim Modulbau sogar mit vorfabrizierten Raumzellen, Inneneinrichtungen und Installationen gearbeitet, die vor Ort nur noch aufgebaut werden müssten. Natürlich brauche es noch eine Foundation oder, wenn das Gebäude an einer Hanglage gebaut werde, wie vorliegend das neue Schulhaus, eine Unterkellerung. Weil mit vorfabrizierten Teilen gearbeitet werde, seien sowohl die Planungs- wie die Architekturleistungen sehr gering und die Bauleitungskosten würden ganz entfallen. Das erkläre auch, warum sie heute eine Kostenschätzung von CHF 5.3 Mio. (+/-25%) hätten, allerdings ohne die Sporthalle, während für das GRISU-Projekt Kosten von fast CHF 20 Mio. kursiert seien. Ein Streitpunkt sei die Ästhetik. Doch darüber was „schön“ sei, lasse sich wahrscheinlich immer streiten. Sicher stünden bei den Element- und Modulbauten Flexibilität, Zweckmässigkeit,

Funktionalität und Kostengünstigkeit im Vordergrund. Aber mit einer passenden Farbauswahl und einer ansprechend gestalteten Umgebung lasse sich auch einiges machen. Nicht ganz grundlos würden in einem Leserbrief die unterschiedlichen Baustile angeprangert. Allerdings: Eine fröhliche Kinderschar sei genauso kunterbunt, abwechslungsreich und spannend.

Sie komme zur Debatte in der Sachkommission. Sowohl die Weisung 15 an sich, wie auch das vorbildliche und speditive Vorgehen des Stadtrats, kompetent unterstützt durch den Bau- und Projektleiter Immobilien, Hansueli Brechbühler, nach dem Scheitern des GRISU-Projekts, seien von der Sachkommission durchwegs positiv aufgenommen worden und es habe sich rasch eine Zustimmung abgezeichnet. Sämtliche im Zusammenhang mit der Rückweisung von GRISU erteilten Empfehlungen und Vorgehensvorschläge des Gemeinderats seien berücksichtigt worden. Die Weisung 15 präsentiere das gewünschte Gesamtkonzept, das für eine Schulraumerweiterung das ganze Ort-Areal miteinbeziehe. Dem Schulraumbedarf werde höchste Priorität eingeräumt. Das ebenfalls wichtige Anliegen einer grösseren Turnhalle sei aber nicht vergessen gegangen. Sie verweise ausdrücklich auf die Ziffer 6 der Weisung 15. Die Wahl einer Element- bzw. Modulbauweise erfülle die Anforderungen nach grösstmöglicher Flexibilität. Je nach Schülerzahlentwicklung könnte das Gebäude noch um ein drittes Geschoss ergänzt oder aber im Gegenteil redimensioniert werden. Auch falle das Alternativprojekt deutlich kostengünstiger aus; sie habe es bereits erwähnt: CHF 5.3 Mio., statt knapp CHF 20 Mio. Erfreulich sei auch, dass mit dem Alternativprojekt der wirklich benötigte Schulraum voraussichtlich schneller realisiert werden könne, als mit GRISU. Schliesslich würden in Bezug auf die Option der Ansiedlung einer Mittelschule im AuParc Synergien und Mitfinanzierungen bei der Erstellung von Sporthallen geprüft. In Bezug auf die Gestaltung des Aussenraums und des Pausenplatzes empfehle die Sachkommission allerdings, den Architekten auch damit zu beauftragen. Denn durch die Separierung von Schulhaus und Sporthalle werde der ohnehin nicht sehr grosszügige Pausenraum noch kleiner. Umso wichtiger sei eine gute Gestaltung, die über einen simplen Teerplatz hinausgehen müsse, so dass die Kinder auch zu Spitzenzeiten genügend Platz zum Spielen usw. hätten.

Ein Wermutstropfen sei sicher auch, dass bei Modul- und Elementbauweisen das lokale Gewerbe nicht gleichermassen berücksichtigt werden könne, wie bei der herkömmlichen Bauart, weil viele Teile vorfabriziert seien. Die Sachkommission nehme darum mit Genugtuung zur Kenntnis, dass bei den Vergaben darauf geachtet werde, dass trotzdem auch lokale Anbieter mitbieten könnten.

Anträge der Sachkommission

Die einstimmige Sachkommission stellt folgende Anträge:

1. Auf Weisung 15 ist einzutreten.
2. Für die Erweiterung des Schulraums um drei Klassenzimmer durch einen Anbau an den Westtrakt in Elementbauweise auf der Schulanlage Ort wird ein Baukredit von CHF 650'000.- zulasten der Investitionsrechnung bewilligt.

3. Für die Planung eines Ersatz-/Neubaus im Osttrakt als Modulbau auf der Schulanlage Ort wird für das Vorprojekt ein Planungskredit von CHF 100'000 zulasten der Investitionsrechnung bewilligt.
4. Der Beschluss unter Ziff. 2 untersteht dem fakultativen Referendum.

Die einstimmige SVP/BFPW-Fraktion unterstütze die Anträge der Sachkommission.

Die Sachkommission danke dem Stadtrat Schule und Jugend, Johannes Zollinger, und ganz besonders dem Projekt- und Bauleiter Immobilien, Hansueli Brechbühler. Durch ihren speditiven Einsatz auch während der Hochsommerpause und ihre proaktive Zusammenarbeit mit der Sachkommission hätten sie es ermöglicht, dass innert sechs Monaten nach Rückweisung von GRISU das gewünschte Alternativprojekt vorliege.

Verschiedene seien vom vorliegenden Alternativprojekt nicht so glücklich und enttäuscht. Sie bitte aber daran zu denken, dass dem heute zur Debatte stehenden Bauvorhaben allein für die Schuleinheit Au weitere folgen würden; sie habe sie eingangs aufgezählt. Weiter sei zu bedenken, dass auch noch ganz andere Investitionsvorhaben anstünden, beispielsweise für die Senioren, die Sicherheit, die städtischen Werke und vieles mehr. Politische Gremien seien so zusammengewürfelt, wie den einen vielleicht nun die neue Schulanlage Ort vorkomme. Viele Meinungen und Wähleraufträge würden zusammenlaufen und alle seien bestrebt, möglichst viel durchzusetzen. Das sei die Funktionsweise, aber auch der Preis der direkten Demokratie und das gelte es zu respektieren.

Edith Brunner, SP, teilt mit, dass die SP seinerzeit das Projekt GRISU unterstützt habe, weil es den längst fälligen Schulraum und die Turnhallen in einem ausgewogenen, schönen und in die Gesamtanlage und die Umgebung gut integrierten Bau vorgesehen habe.

Diese Weisung sei, Charlotte Baer habe es bereits gesagt, im Parlament abgelehnt worden. Sie seien sehr erfreut und würden den zuständigen Personen danken, dass bereits nach so kurzer Zeit ein Nachfolgeprojekt vom Stadtrat vorgelegt werde.

Die beiden Anträge zur Erweiterung des Westtrakts und den Planungskredit für den Ersatz-/Neubau im Osttrakt würden sie unterstützen, da die Schul- und Gruppenräume bald realisiert werden könnten und es keine zeitliche Verzögerung gegenüber dem ersten Projekt gebe. Die Bauweise im Modul- oder Elementbau genüge energetischen und akustischen Vorgaben und entspreche bezüglich Nutzungsdauer konventionellen Bauten.

Längerfristig könne der Pavillon auf dem Areal entfernt werden und den Kindern stünde ein grösserer Pausenplatz und mehr Bewegungsraum zur Verfügung. Es mache Sinn, dass die Provisorien vorläufig noch stehen bleiben würden, weil noch weitere Umbauten geplant seien und der Schulraum für die Auslagerung von externen Klassen verwendet werden könne.

Auch die SP unterstützte einen sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern. Die Kostenreduktion gegenüber GRISU sei beträchtlich und auch erfreulich, allerdings wäre es falsch, wenn gesagt würde, dass man das Gleiche für die Hälfte des Geldes bekäme.

Auf die Turnhallen werde man vorläufig warten müssen. Im Projektionskredit sei die Planung des Standorts, nicht aber der Bau selber enthalten. Im Moment könne der Turnunterricht mit einer Turnhalle und dem Lehrschwimmbecken noch knapp aufrechterhalten werden, er stosse aber bald an seine Kapazitätsgrenzen. Selbst wenn die Mittelschule nach Wädenswil komme, nähmen Verhandlungen über einen gemeinsamen Bau oder mindestens eine Beteiligung des Kantons viel Zeit in Anspruch, mindestens wenn bedenklich werde, wie lange es dauere bis überhaupt nur der richtige Standort am linken Zürichseeufer endlich gefunden werde.

Auch ästhetisch gefalle ihnen die Modulbauweise nicht wirklich. Die Container seien, ein bisschen salopp ausgedrückt, jetzt einfach aufeinander, statt nebeneinander und würden doch ein bisschen an Fabriklagerhallen erinnern. Aber, da gebe sie Charlotte Baer Recht, Geschmack sei oft subjektiv.

In Zeiten des grossen Sparens könnten diese Abstriche auch akzeptiert werden. Allerdings müssten sie aufpassen, dass die Au und langfristig evtl. dann auch Schönenberg und Hütten nicht einfach zu Satellitenquartieren von Wädenswil degradiert würden. In Wädenswil hätten sie sehr schöne alte und repräsentative Schulhäuser (z.B. Eidmatt oder Glärnisch) und einen imposanten Neubau mit dem Schulhaus Rotweg. Sie hätten die Sportanlage Glärnisch, aber für die Au reiche das Geld jetzt nicht mehr und die Einwohner dort müssten sich halt mit dem Minimum zufrieden geben. Die Reaktionen in der Bevölkerung würden zeigen, dass dies nicht überall gut ankomme.

In dem Sinne stimme die SP der Weisung zu. Sie werde aber in Zukunft die Entwicklung vor allem punkto Turn- und Sportmöglichkeiten für die Schulen und Vereine genau beobachten.

Patrik Mouron, CVP, sagt, dass aus heutiger Sicht gesagt werden könne, dass die Rückweisung des Projektvorhabens GRISU im Juni richtig gewesen sei. Richtig deshalb, weil die Befürchtungen von damals, dass die Rückweisung zu Verzögerungen führen werde, nicht einträten, da Modulbau angewendet werde. So „richtig falsch“ seien auch gewisse Befürchtungen des Elternrats Au, dass die Schule in der Au komplett vernachlässigt werde. Mindestens für die Sachkommission könne gesagt werden, dass teilweise sogar eine Entschuldigung angebracht wäre.

Richtig liege die Weisung 15 vor allem deshalb, weil sie sowohl auf kurze wie auch auf lange Sicht wirksam sei. Dort wo es jetzt brenne, würden Schulzimmer erstellt. Eines stehe schon und drei weitere mit Gruppenräumen würden bis in einem Jahr bezugsbereit sein. Aus langfristiger Sicht biete der Anbau Ost vernünftige Reservemöglichkeiten für den Fall, dass die Schülerzahl doch übererwartet steigen würde. Die vergleichsweise günstigen Modulbauten würden noch Geld übriglassen für ebenfalls dringende Finanzierungen beispielsweise im Bereich Soziales. Diese Kosteneinsparungen seien deshalb erfreulich, da die Modulbauten keine Baracken seien, sondern punkto Lebenserwartung und Schulraumqualität (z.B. Akustik) mit GRISU ebenbürtig seien. Die Ästhetik sei sicher nicht ganz ebenbürtig, doch als Ensemble könnten die Modulbauten auch mit gewissen farblichen Nuancen zusammen mit den bestehenden Schulbauten auch ihren Reiz haben. Richtig sei auch die vorgesehene Etappierung. Die Turnhalle, ob zweifach, dreifach oder sogar fünffach, werde kommen, einfach später, aber hoffentlich nicht zu spät. Sie alle seien auch dafür verantwortlich, dass die Zeit

eingehalten werden könne. Richtig seien auch die nun konkrete Koordination mit der Schulanlage Steinacher und dem Kindergarten und die Nutzung der bestehenden Container während der Bauzeit.

Folgerichtig könne deshalb die CVP den Anträgen der Weisung 15 mit Überzeugung zustimmen.

Claudia Bühlmann, Grüne, führt aus, dass sie als erstes den Abteilungen Schule und Planen und Bauen dafür danken wollen, dass sie sich sofort nach Ablehnung des Projekts GRISU an die Arbeit gemacht hätten, um ein neues Projekt auszuarbeiten. Sie hätten somit den Auftrag der Sachkommission ernst genommen, möglichst schnell für Schulraum in der Au zu sorgen.

Das in der Weisung 15 beschriebene Vorgehen besteche durch seine gute Planung. So könnten die bestehenden Provisorien für den Ersatz-/Neubau des Doppelkindergartens Toblerweg, für die Aufstockung des Steinachers und den Ersatz-/Neubau des Osttrakts im Schulhaus Ort genutzt werden. Leider sei dies nur ein kleiner Trost, denn anstatt eines architektonisch ausgereiften Projekts, das mit minimalem Bodenverbrauch Schulraum und Sporthalle in einem geboten hätte, werde nun modular gebaut. Diese Bauweise möge vielleicht kostengünstiger sein, aber ob sie qualitativ an ein gemauertes Bauwerk heranreiche, müsse sich erst noch zeigen.

Was sie bei dieser Lösung am meisten stören würde sei, dass die Erweiterung der Sporthalle auf die lange Bank geschoben werde. Gemäss Schulleitung Ort sei die alte Halle heute bis auf eine einzige Lektion komplett ausgebucht. Das heisse, dass für zukünftige zusätzliche Schulklassen der Raum für Sportunterricht bereits jetzt schon fehle. Wenn nur eine Klasse dazukomme, reiche es bereits nicht mehr. Es werde erwartet, dass diese Klassen ins Steinacher ausweichen würden, dabei werde vergessen, dass der Weg ins Steinacher die Lektionen um bis zu 20 Minuten verkürze. Diese Zeit fehle dann für den Unterricht. Es sei also von höchster Dringlichkeit, dass auch der Bau der Sporthalle möglichst schnell vorangetrieben werde. Erst wenn auch die Sporthalle stehe, sähen sie, wie teuer diese günstigere Variante zu stehen komme. Ein wirklicher Vergleich mit den Kosten des Projekts GRISU werde nicht möglich sein, denn eine genaue Kostenschätzung sei durch eine Ablehnung des Projektierungskredits verunmöglicht worden.

Die Grünen verstünden, dass die Auer Bevölkerung enttäuscht sei. Sie würden seit Jahren vertröstet und erhielten nun nur einen Teil dessen, was sie wirklich bräuchten. Es sei einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Stadt unwürdig Wohnungsbau zu ermöglichen und die Erweiterung der Infrastruktur für die zuziehenden Einwohner aus Spargründen zu vernachlässigen.

Trotzdem würden die Grünen der Weisung 15 zustimmen. Mit der eindringlichen Bitte an den Stadtrat, den Bau der Sporthalle möglichst rasch voranzutreiben und so der Auer Bevölkerung zu zeigen, dass auch sie vollwertige Wädenswilerinnen und Wädenswiler seien.

Thomas Koch, FDP, sagt, er könne es vorwegnehmen: Die FDP-Fraktion unterstütze einstimmig die Anträge der Sachkommission und damit auch den Antrag des Stadtrats gemäss

Weisung 15. Zur Begründung fasse er sich kurz und er wiederhole insbesondere nicht, was sie im Bericht der Sachkommission gelesen und heute von Charlotte Bär bereits gehört hätten.

Die FDP-Fraktion habe bekanntlich das vormalige Projekt GRISU abgelehnt. Das, weil das Projekt GRISU den Verhältnissen nicht gerecht geworden sei und zu wenig flexibel auf die unbekannt entwickelte Entwicklung der Schülerzahlen hätte reagieren können. Und auch nicht den Entscheid zum Gymi-Standort in der Au abgewartet habe, was im Hinblick auf mögliche Synergien und Koordination mit dem Kanton beim Turnhallenbau, der auch das Gymi brauche, unsinnig gewesen wäre. Vor allem die Kosten für GRISU von fast CHF 20 Mio. seien klar zu hoch gewesen für einen blossen Zusatzbau, der ein bestehendes Schulhaus ergänzen sollte.

Die FDP habe bei der Abweisung von GRISU aber ganz klar betont, dass sie die Bereitstellung von zusätzlichen Schulräumen im Ortsteil Au, der in den letzten Jahren ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum erlebt habe, für notwendig erachte. Sie hätten damals den Stadtrat aufgefordert, ein neues Projekt mit aller Priorität anzugehen. Diesmal aber mit realistischeren, ganzheitlichen und auch kostenbewussteren Vorgaben an das Projektierungsteam.

Insofern sei erfreulich und auch hervorzuheben, dass es der Stadtrat nach nur 15 Wochen, und das noch über die Sommerferienzeit, geschafft habe, dem Gemeinderat ein neues Projekt zur Erweiterung der Schulanlage Ort vorzulegen. Ermöglicht habe dies zu einem grossen Teil der Einsatz des Projekt- und Bauleiters Immobilien, Hansueli Brechbühler, dem er nebst dem Stadtrat namens der FDP-Fraktion an dieser Stelle besonders danke.

In nur einem halben Jahr seit Ablehnung des Projekts GRISU sei der Gemeinderat somit heute wieder in der Lage, die Weichen bezüglich Schulraumbedarf in der Au zu stellen und diesen Bedarf auch zu stillen. Von einem „Scherbenhaufen in der Au“, wie dies das „SP-Blättli“ im September noch behauptet habe, keine Spur. Anstatt mit billigem Populismus falsch zu informieren und dabei auch noch den örtlichen Elternrat aufzuschrecken und vorzugeben, dass ihre Kinder in den nächsten Jahren nur noch in Baracken und Provisorien in die Schule gehen würden, hätten die SP-Politiker vollständig und richtig informieren sollen. Nämlich, dass sich der Gemeinderat zum Zeitpunkt, als die rote Postille verteilt worden sei, sich bereits mit einem Ersatzprojekt befasst habe. Dank diesem neuen Projekt stünden die benötigten Schulräume sogar noch schneller zur Verfügung als beim gescheiterten GRISU-Projekt. Die Bauzeit sei massiv verkürzt worden, so dass die Schüler nicht über Monate mit Baulärm konfrontiert seien. In punkto Qualität und Lebensdauer stünden die neuen, im Element- und Modulbausystem erstellten Schulräume den konventionellen Bauten in nichts nach. Die flexible Bauweise erlaube, auf künftige, heute noch ungewisse Schülerzahlentwicklungen rasch zu reagieren, indem unkompliziert aufgestockt oder bei langfristig sinkenden Schülerzahlen auch wieder zurückgebaut werden könne. Die schöne, stattliche Linde auf dem Pausenplatz müsse nicht einem klotzigen Bau geopfert werden. Falls das Gymi in die Au käme, würde sich der Kanton allenfalls an einer dann gemeinsamen, vielleicht grösseren Turn- oder sogar Mehrzweckhalle finanziell beteiligen. Zudem müsse vor allem der Wädenswiler Steuerzahler für dieses gleichwertige, aber schneller realisierbare Projekt so

gegen CHF 10 Mio. weniger bezahlen. Die vermutlichen Kosten für die Turnhalle, die unbestritten sei und keineswegs auf die lange Bank geschoben werden dürfe, seien dabei auch berücksichtigt. Das wäre die richtige Information gewesen. Aber immerhin sei gut zu hören, dass sich die linke Ratseite nun offensichtlich auch durchringen konnte, dieses zweckmässige Projekt zu unterstützen. Ein Projekt mit zügig erstellten, zweckmässigen Schulzimmern in einem flexiblen und durchaus ästhetischen Ergänzungsbau, den es nicht gäbe, wäre es vor einem halben Jahr nach den Linken gegangen.

Zusammengefasst freue sich die FDP-Fraktion, dass die Schuljugend und Lehrerschaft schneller als anfänglich gedacht, über den dringend notwendigen Schulraum verfügen könne. Und dies dank neuer, moderner Bauweise zu einem Bruchteil der vormals eingeplanten Kosten.

Hanspeter Andreoli, BFPW, teilt mit, dass seit Donnerstag, 15. September 2016 bis Donnerstag, 6. Oktober 2016 knapp ein Monat vergangen sei oder anders gesagt, zwei Sachkommissionsitzungen. So habe er seine Rede zur Weisung 7 angefangen. Sie würden es sicher schon seinem Tonfall an merken, dass bei der Weisung 7 von ganz andere Daten und Monaten die Rede gewesen sei. Für den Rückweisungsantrag hätten sie 8½ Monate oder 8 Sitzungen gebraucht, für die Weisung 15 hätten zwei Sachkommissionssitzungen gereicht. Etwas böse könnte jetzt gesagt werden, dass die Sachkommission die gesamte Vorarbeit zur Weisung 15 beim Rückweisungsantrag zur Weisung 7 getan habe. Das wäre nun aber etwas zu verwegen. Nichts desto trotz dürfe er an dieser Stelle betonen, dass der Stadtrat mit seinen Beamten sehr genau auf ihre Kritiken bei der Weisung 7 eingegangen sei. Und so komme nun die neue Weisung 15 in einer Form daher, die sie sehr begrüessen würden.

Auf das Schuljahr 2017/2018 sollten nun drei zusätzliche Klassenzimmer beim bestehenden Westtrakt im Elementbau plus ein Gruppenraum erstellt werden. Mit dem bereits erstellten Zimmer plus einem Gruppenraum stünden dem Schulhaus Ort also vier zusätzliche Klassenzimmer plus zwei Gruppenräume zur Verfügung. Gerne erwähne er an dieser Stelle, dass es laut der Weisung 7 (GRISU-Projekt) für diese vier Zimmer einen fast CHF 20 Mio. teuren Bau gegeben hätte, der erst noch frühestens im Jahr 2020 bezugsbereit gewesen wäre. Dass mehr als vier Schulzimmer im GRISU-Projekt hätten untergebracht werden können, sei ja erst im Verlaufe der Diskussionsdebatten herausgekommen. Nun zurück zur jetzigen Weisung. Der Modulbau solle zweistöckig gebaut werden und biete zusätzlichen Schulraum sowie die Unterbringung des Schülerclubs. Was speziell zu erwähnen sei, sei die Tatsache, dass der Bau später auch um ein weiteres Geschoss aufgestockt werden könnte. Genau diese Flexibilität habe dem teuren GRISU-Projekt gefehlt. Die Kosten für diesen Modulbau inkl. Abbruch des bestehenden Pavillons würden sich auf CHF 5.4 Mio. inkl. Planungskosten belaufen. Dieser Neubau könnte auf das Schuljahr 2019/2020 erstellt sein.

Natürlich dürfe die Thematik Turnhalle nicht fehlen. Auch hier sei die Stadt auf eine Kritik der mehrheitlichen Sachkommission eingegangen und habe die Turnhalle vom eigentlichen Neubau des Schulhaustrakts abgelöst. Auch wenn der Entscheid des Kantons bezüglich Mittelschule noch nicht gefällt sei, so werde dieser Entscheid sicher das nächste Jahr fallen. Sie wüssten, dass bei einem positiven Entscheid für den AuParc die Mittelschule grossen Bedarf an Turnraum habe. Sie müssten nur eins und eins zusammenzählen damit klar sei,

dass es mit grosser Wahrscheinlichkeit eine neue Dreifachturnhalle auf dem Areal des Schulhauses Ort brauche. Da die Mittelschule, wie bereits gesagt, diese Turnhalle auch brauche, sei es mehr als wahrscheinlich, dass sich der Kanton auch am Bau dieser Turnhalle beteiligen werde. Die Turnhalle müsste nicht wie im GRISU-Projekt so stark versenkt werden. Aus Gründen der absoluten Höhe hätte beim GRISU-Projekt die Turnhalle stark im Boden versenkt werden müssen. Beim zukünftigen Projekt wäre dies nicht der Fall und so könnte die Turnhalle günstig gebaut werden. Mit dem von ihm angesprochenen 99% sicheren Beitrag des Kantons würde die Turnhalle zudem nochmals günstiger.

Zusammenfassend könne gesagt werden, dass die Bauten in der Weisung 15 plus die absehbare Turnhalle den Zweck für die Schule sowie die Vereine voll und ganz erfüllen würde und dies erst noch schneller als beim GRISU-Projekt. Das wichtigste sei aber, vor allem auch für das BFPW, dass dies alles um mehr als die Hälfte günstiger umgesetzt werde als beim GRISU-Projekt. Sie vom Forum würden dem „massvoller Umgang mit Steuergeldern“ sagen.

Das Schlusswort seiner Rede zur Weisung 7, also dem GRISU-Projekt, erwähne er hier gerne noch einmal: „Abschliessend kann man sagen, dass das GRISU-Projekt aus unserer Sicht der Luxuswunsch eines Ferraris darstellt und wir der Meinung sind, dass es aus Sicht der heutigen Finanzlage und der Zweckmässigkeit auch ein guter Opel tut.“

Die Stadt habe aus Sicht des BFPW genau in diesem Sinne gedacht und gehandelt und dafür bedanke es sich und sicherlich auch die Steuerzahler von Wädenswil und der Au.

In diesem Sinne sei das BFPW für die Weisung 15 gemäss Bericht und Antrag der Sachkommission

Gabi Bachmann, EVP, sagt, was den Schulraum betreffe, hätten die Planungsverantwortlichen aus der Not eine Tugend gemacht und auf erfreulich unkomplizierte Weise Lösungen gesucht und die Sache vorangetrieben. Auch die EVP/EDU sehe, dass zumindest was den Schulraum betreffe, der eingeschlagene Weg Sinne mache. Somit könnte also eine ganz gute Geschichte daraus werden, bei der es einigermaßen gelungen sei, einen für alle Parteien akzeptablen Weg zu finden.

Im Moment werde allerdings so geredet und geschrieben, als sei das neue Schulhaus schon fast gebaut. Dabei seien sie erst beim Kredit für ein Vorprojekt. Wenn es wirklich so schnell gehen solle, bis Kinder in den Neubau einziehen können und sie eine Einladung zur Einweihung auf dem Tisch fänden, müsse die Planung auch weiterhin so flott vorwärts gehen, bis dann ein spruchreifes Projekt auf dem Tisch liege. Dann liege es nicht nur aber auch an ihnen, dem Geschäft keine unnötigen weiteren Hürden in den Weg zu legen.

Was sie störe sei, dass viel mit Zahlen jongliert und dass das Projekt nur einen Viertel bis zur Hälfte koste als GRISU. Dies seien viele Zahlen, wobei die meisten nur geschätzt seien. Es werde sich zeigen, wie die Zahlen am Schluss aussähen.

Die Turnhalle müsse unbedingt kommen und dürfe wirklich nicht auf die lange Bank geschoben werden, denn diese Bank drohe zu krachen. Besonders schwierig werde es, wenn die

Kinder nicht mehr so oft schwimmen gehen dürfen, wie es im Budget nun vorgesehen sei. Sie nehme es dann Wunder, wie dies gelöst werde.

Bezüglich Turnhalle sei es ihnen wichtig, dies sei ein Vorteil von GRISU gewesen, dass nicht so viel Boden bzw. Platz überbaut werde. Es wäre schön, wenn der Platz dann als Pausenplatz gebraucht werden könnte. Diese Bemerkung als kleiner Wink an den Architekt, der ja sicher bei der Planung auch die Lage einer später zu bauenden Turnhalle im Hinterkopf habe.

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli teilt mit, dass fast schon alles gesagt worden sei und er sich kurz fasse. Das Geschäft habe wie bereits erwähnt keinen gradlinigen Verlauf gehabt und es habe intensive Diskussionen gegeben. Dies nicht zuletzt deshalb, weil das anfänglich zur Diskussion gestandene GRISU-Projekt nach Einschätzung von verschiedenen Entscheidungsträgern, Fachleuten und Politikern als unflexibel, starr und vor allem als zu teuer eingestuft worden sei. Das ursprüngliche Projekt habe auch keine klare und nachvollziehbare Erweiterungsmöglichkeit, also keine Aufstockung oder keinen Anbau geboten. Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung im Ortsteil Au sei das GRISU-Projekt als zu wenig zukunftsorientiert eingestuft worden. Das sei im Wesentlichen auch der Grund gewesen, dass die Kosten des GRISU-Projekts von CHF 19.3 Mio. als deutlich zu hoch und deshalb als nicht akzeptabel erachtet worden seien. Nicht zuletzt auch mit Blick auf die Finanzlage der Stadt Wädenswil.

Geblichen und unbestritten sei allerdings mit Blick auf die Entwicklung der Bevölkerung und der Schülerzahl der Bedarf von zusätzlichem Schulraum im Ortsteil Au. Die Analyse der Möglichkeiten, die sich der verschiedenen Schulanlagen in der Au böten, hätte zum Resultat geführt, dass eine Erweiterung der Schulanlage Ort dringend sei und deshalb Priorität genieße. Die Erweiterung erfolge, wie in der Weisung 15 beantragt werde, in zwei Etappen. In einem ersten Schritt würden am Westtrakt der Schulanlage Ort drei Klassenzimmer und ein Gruppenraum durch einen Anbau erstellt. Es gehe hier um einen Baukredit von CHF 650'000.-. In einem zweiten Schritt sei ein Ersatz respektive Neubau des Osttrakts im Modulbau vorgesehen. Dieser solle den rund 50-jährigen sanierungsbedürftigen Pavillon ersetzen. Der Neubau werde zweistöckig mit der Möglichkeit, bei Bedarf ein weiteres Modul zu erstellen, also eine dritte Etage zu errichten.

Zum finanziellen Aspekt der Weisung 15. Die Kosten für die Erstellung der drei Klassenzimmer und eines Gruppenraums durch Anbau am Westtrakt der Schulanlage Ort würden mit CHF 650'000.- veranschlagt. Für die Planung eines Ersatz-/Neubaus Osttrakts im Modulbau werde für das Vorprojekt ein Planungskredit von CHF 100'000.- beantragt. Die Kosten für die Realisierung des Schulhaustrakts im Modulbau würden auf CHF 5.3 Mio. geschätzt, +/- 25% Kostengenauigkeit. Die Beträge würden zu Lasten der Investitionsrechnung gehen.

Im Namen des Stadtrats bitte er, den Anträgen 1 - 3 der Weisung 15 zuzustimmen. Abschliessend bedanke er sich bei der Sachkommission, die sich eingehend und kritisch mit dem Projekt befasst habe.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger, führt aus, dass der Erfolg viele Väter und Mütter habe. Heute Abend teile er den Erfolg sehr gerne mit der Sachkommission und

allen, die dazu beigetragen hätten, dass die Weisung 15 so weit gebracht worden sei. Alles, das vorher falsch gelaufen sei, nehme er auf sich. Dies sei etwas einfacher. Zwei Sachen sage er noch. Die Planungsgrundlage sei bereits beim GRISU-Projekt genau die gleiche gewesen wie jetzt bei den Modulbauten. Im GRISU-Projekt seien immer auch die Kindergartenräumlichkeiten drin gewesen. Wichtig sei, dass sich die Grundlagen nicht geändert hätten. Irgendwie hätten sie es aber nicht geschafft, die Leute vom Projekt zu überzeugen. Im Nachhinein sei man immer etwas gescheiter und er könne sich gut vorstellen, warum das GRISU-Projekt schlussendlich gescheitert sei. Er mache folgenden Vergleich: Lieber einen Wurstsalat auf dem Tisch, als das Filet beim Metzger oder lieber einen Spatz in der Hand, als Tauben auf dem Dach. Sie seien glücklich, dass sie nun einen Spatz in der Hand hätten. Es sei aber erst der Erste und nicht der Grösste. Es komme noch einiges auf sie zu. Er erinnere an den Ersatz des Kindergartens Toblerweg und die Aufstockung Steinacher. Er sei jedoch sehr dankbar, dass nach dem „Chnorz“ des GRISU-Projekts, das die Stimmung zwischen Parlament und Stadtrat stark belastet habe und das Vertrauensverhältnis nicht wirklich gefördert habe, sie miteinander wieder einen Weg gefunden hätten, in dem sehr konstruktiv und gut zusammengearbeitet werde. Hoch rechne er der Sachkommission ausserdem die ausserordentliche Effizienz an. Dafür danke er herzlich. Gemacht werden konnte dies auch, weil Hansueli Brechbühler gute Vorarbeit geleistet habe. Sie seien dankbar, dass sie sich auf dem richtigen Weg befänden, dass die richtigen Schritte gemacht worden seien und somit innert kürzester Zeit eine nächste Weisung ausgearbeitet wurde, die es brauche, um die Schulhaussituation in der Au nachhaltig zu verbessern. Claudia Bühlmann und Edith Brunner wolle er noch sagen, dass sie von Seiten der Schule an der Sporthalle dran blieben. Dies sei keine Frage. Sie behielten das im Auge. Zuerst müsse aber darauf gewartet werden, bis der Kanton betreffend Mittelschule einen Entscheid gefällt habe. Von ihrer Seite seien sie dankbar, wie sich die Sache nun entwickelt habe und dass sich etwas in die richtige Richtung bewege. Zudem seien sie zuversichtlich, dass mit der Art, wie sie angefangen hätten, nun versucht werde, den Schwung auszunützen, um weiterzugehen.

Edith Brunner, SP, sagt, dass sie ganz kurz auf das Votum von Thomas Koch eingehen wolle. Als Verfasserin des „SO!-Artikels“ fühle sie sich persönlich angegriffen. Sie weise die Vorwürfe von gezielter Fehlinformation und Linkspopulismus vehement zurück. Für das „SO!“ hätten sie eine Vorlaufzeit von etwa zwei Monaten. Den Artikel habe sie Ende Juni geschrieben. Damals sei weit und breit keine neue Vorlage in Sicht gewesen. Sie habe den Artikel nach der Abweisung des GRISU-Projekts geschrieben. Alle Fraktionen hätten gesagt, dass es überraschend schnell gegangen sei, bis etwas Neues vorgelegt worden sei. Sie hätten damit nicht rechnen können; obwohl jetzt alle erfreut seien, auch die SP. Die Vorwürfe an die SP würden einfach nicht stimmen, das könne sie bezeugen und beweisen, falls ihr nicht geglaubt werde.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter kommt zu Schlussabstimmung.

Anträge der Sachkommission:

Die einstimmige Sachkommission stellt folgende Anträge:

1. Auf die Weisung 15 ist einzutreten.
2. Für die Erweiterung des Schulraums um drei Klassenzimmer durch einen Anbau an den Westtrakt in Elementbauweise auf der Schulanlage Ort wird ein Baukredit von CHF 650'000.- zulasten der Investitionsrechnung bewilligt.

3. Für die Planung eines Ersatz-/Neubaus im Osttrakt als Modulbau auf der Schulanlage Ort wird für das Vorprojekt ein Planungskredit von CHF 100'0000.- zulasten der Investitionsrechnung bewilligt.
4. Der Beschluss unter Ziffer 2 untersteht dem fakultativen Referendum.

Schlussabstimmung (fak. Referendum, mit Stimmzähler)

Der Rat stimmt der Weisung 15 mit 31:0 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

17.08.20

5. Postulat des BFPW, vom 3. November 2016, betreffend zusätzliche Lehrstellen bei der Stadt; Begründung

Ivo Peyer, BFPW, teilt mit, dass er zum Postulat betreffend zusätzliche Lehrstellen bei der Stadt gar nicht viel erzählen müsse, da alle wüssten, worum es gehe. Der Grund, weshalb sie gefragt hätten sei, dass alle genau dasselbe Problem hätten, nämlich geeignete Lernende zu finden. Das Problem seien nicht die Unternehmen oder die Stadt. Das Problem seien zum Teil die Anforderungen in den verschiedensten Bereichen, die an die Lernenden gestellt würden. Hier könnten weder die Stadt noch private Unternehmen etwas dagegen unternehmen. Aus seiner Sicht habe aber die Stadt in dem Bereich die Aufgabe, abgehenden Schülern, die nicht studieren wollten, die Möglichkeit zu bieten, eine Lehre zu machen und nicht ein 10. Schuljahr oder sonst irgendetwas. Das BFPW frage an, ob die Stadt eine Möglichkeit sehe, die bestehenden Lehrstellen anzahlmässig aufzustocken oder in neuen Bereichen neue Lehrstellen zu schaffen. Das solle sie nicht nur für sich selber machen sondern auch bei den stadtnahen Betrieben. Sie wüssten gerne, was für Kosten auf die Stadt zukämen. Interessant wäre zu wissen, was die Stadt die Ausbildung eines Lernenden koste. Ein Lernender, den die Stadt ausbilde, egal ob er bei der Stadt bleibe oder nicht, sei sicher weniger gefährdet, dass dieser einmal zu Stadträtin Astrid Furrer, also aufs Sozialamt gehen müsse. Das BFPW bitte, das Postulat entgegenzunehmen und dies zu prüfen.

Stadtpräsident Philipp Kutter, führt aus, dass seine Ausführungen ein paar Minuten dauern würden. Der Grund sei, dass der Stadtrat nicht bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen. Er begründe dies sehr gerne. Vielleicht erstaune es sie bei diesem Thema, wo alle der Meinung seien, dass es ein wichtiges sei. Auch dem Stadtrat sei die berufliche Integration von jungen Menschen wichtig. Es sei wichtig, dass die Jugendlichen den Einstieg in den Beruf und in ein selbständiges Leben meistern können. Wie die Postulanten selber und richtig schreiben würden, biete die Stadt in verschiedenen Verwaltungsabteilungen Lehrstellen an. Total seien es 13 - 14 pro Jahr, das variere je nach dem. Zudem würden noch zwei Lehrstellen bei der Primarschule angeboten als Fachangestellter/Fachangestellte Betreuung. Dazu kämen nochmals 15 Lehrstellen im Alterszentrum Frohmatt. Total böten die Stadt und die Betriebe, die ihr angegliedert seien, pro Jahr 30 Lehrstellen an. Dazu kämen noch Praktikumsstellen in der Sozialarbeit, in der Schulsozialarbeit sowie der Jugendarbeit.

Die Postulanten forderten, das aktuelle Angebot zu erweitern. Das sei verständlich, aber aus Sicht des Stadtrats sei das Angebot nicht das, was ihnen am meisten Sorge bereite. Sie hätten im Moment andere Herausforderungen im Lehrlingswesen, die sie mehr beschäftigen würden. Es habe mal eine Zeit des Lehrstellenmangels gegeben, vor allem Ende der 90-er

Jahre. Davon seien sie zurzeit zum Glück weit entfernt. Im letzten Jahr seien gemäss Bildungsdirektion des Kantons Zürich 1'300 Lehrstellen unbesetzt geblieben.

Wie ihm Johanna Bürgi, die sich um das Lehrlingswesen kümmere, mitgeteilt habe, seien die aktuellen Herausforderungen folgende: Allgemein gebe es weniger Bewerbungen auf eine Lehrstelle und die Qualität der Bewerbungen nehme ab. Es gebe natürlich Bereiche, in denen es nach wie vor einen grossen „Run“ gebe, namentlich beim KV. Hier hätten sie das Problem, dass viele Betriebe immer früher rekrutieren würden; früher jedenfalls, als die Stadt dies mache. Dann gebe es noch einen gewissen Sog ans Gymi. Beides habe einen gewissen Effekt auf die Qualität der Bewerbungen. Andere Gemeinden im Bezirk kennten diese Probleme auch.

In anderen Berufsfeldern wie beispielsweise beim Betriebsunterhalt gebe es mehr disziplinarische Schwierigkeiten. Bewerbende würden oftmals nicht zu den vereinbarten Schnuppertagen erscheinen. Auch dies habe eher zugenommen. Es sei halt so, dass für eine Lehrstelle ein gewisses Betragen und ein gewisses Schulniveau erreicht werden müsse.

Der Schlüssel zum Ziel liege in der Betreuung. Lernende müssten gut betreut sein und das Lehrlingswesen müsse gut organisiert sein. Da würden sie den Schwerpunkt legen. Die Frage der Betreuung müsse bei jeder neuen Lehrstelle gut angeschaut werden. Ein Lernender könne nicht einen ausgebildeten Mitarbeiter ersetzen, auch nicht im 2. oder 3. Lehrjahr. Betreuung sei wichtig, Lehrstellen seien kein Selbstläufer. Der Stellenetat der Stadt sei unter Druck. In dieser Situation zusätzliche Lehrstellen anzubieten, bedeute auch zusätzlichen Bedarf beim Stellenetat. Natürlich prüfe der Stadtrat immer wieder, wo und wie noch zusätzliche Lehrstellen möglich wären. In der Abteilung Werke sei z.B. kürzlich eine Lehrstelle Recyclist/Recyclistin EFZ geprüft worden.

Der Stadtrat sei insgesamt der Meinung, dass er das was er könne bereits täte. Das was er könne, wolle er gut machen. Er bitte daher, das Postulat nicht zu überweisen.

Die Diskussion ist automatisch eröffnet.

Ivo Peyer, BFPW, sagt, dass sie nicht neue Lehrstellen fordern würden, sondern nur geprüft werden solle, zusätzliche Lehrstellen anzubieten.

Schlussabstimmung

Der Rat lehnt der Überweisung des Postulats des BFPW, vom 3. November 2016, betreffend zusätzliche Lehrstellen bei der Stadt, mehrheitlich ab.

23.04.00

6. Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 16. Juni 2016, überwiesen am 5. September 2016, betreffend Anschluss von Schönenberg an die ARA Wädenswil; Beantwortung

Stellvertretender Stadtrat Planen und Bauen Jonas Erni, teilt mit, dass in Abwesenheit des Bauvorstehers er heute die Beantwortung der vorliegenden Interpellation übernehme.

Für die detaillierte Erläuterung der konkreten Fragen verweise er auf die schriftlichen Antworten, die er an dieser Stelle nicht wiederhole. Hingegen gehe er gerne auf die in den Medien geäusserten Ergänzungen der Interpellanten ein:

Die Energie-Effizienz der ARA Rietliu sei nicht wie in der Interpellation erwähnt ungenügend, sondern liege unter Berücksichtigung des Industrieabwassers im Durchschnitt der Umfrage des Verbands VSA. Seit jeher werde in der ARA Rietliu auf eine gute Energie-Effizienz geachtet. So seien schon seit mehr als 20 Jahren Blockheizkraftwerke für die Verstromung des anfallenden Klärgases im Einsatz. Alle grösseren Motoren würden zudem zeitgemäss optimiert betrieben. Die Anlage sei auf 44'000 Einwohnergleichwerte ausgelegt. Davon seien ca. 50% für die Industrie, vor allem für die Firma Blattmann, reserviert. Das bedeute, dass nach Abzug der Industrieabwasser noch 22'000 bis 25'000 Einwohner angeschlossen seien.

Die folgenden Fakten sollten dabei besonders beachtet werden:

1. Das AWEL habe für die ARA Schönenberg keine Entscheidung gefällt und werde dies in naher Zukunft auch nicht tun.
2. Die Energiebetrachtung in der ARA sei wegen dem integrierten Wärmeverbund recht komplex. Das meiste Erdgas werde nicht für den Prozess, sondern für die Spitzenabdeckung der Fernwärme eingesetzt. Der andere Teil werde unterstützend zu den Wärmetauschern für die Schlammfäulung, die nur bei einer Temperatur von 37 bis 38°C optimal funktioniere, benötigt. Dass beides auch bei sehr kaltem Wetter gleichzeitig stattfindet, liege entsprechend in der Sache der Natur.
3. Für die bauliche Entwicklung in der Zukunft sei wie in der Beantwortung erwähnt, eine Studie am Laufen, deshalb sei es unnötig dieser vorzugreifen.
4. Für die Elimination von Mikroverunreinigungen seien der Bund und das AWEL zuständig. Gemäss deren Berichterstattung seien in den ersten zwei Phasen nur ARA's mit mehr als 24'000 angeschlossenen Einwohnern subventioniert worden. Diese Einwohnerzahl werde auch mit Schönenberg noch nicht ganz erreicht. Somit werde der angegebene Zeithorizont nach wie vor zutreffen.

Die zuständige Abteilung sei übrigens gerne bereit und habe dies auch explizit erwähnt, interessierten Gemeinderatsmitgliedern die komplexe ARA Rietliu zu zeigen und weitere Fragen ausführlich zu beantworten.

Ulrich Reiter, Grüne, bedankt sich für die Beantwortung der Interpellation. Es seien noch ein paar zusätzliche Informationen mitgegeben worden. Gerne würden sie zwei bis drei Punkte aufgreifen. Das eine seien Umweltthemen. Aus ihrer Sicht kämen diese in der Stadt Wädenswil vielfach zu kurz. Wenn man auf der Homepage nach Umweltschutz suche, finde man nur Eintragungen zu Energiethemen, sonst aber nichts, insbesondere nicht über Mikroverunreinigungen. In der Beantwortung der Interpellation werde darauf hingewiesen, dass die Mikroverunreinigung bis 2030 geprüft werde, wobei man hier auch früher aktiv werden könnte als erst im Zeithorizont von 2025-2030. Die Stadt verschiebe dies nun ganz an das

Ende. Es könne zwar nachvollzogen werden, sie seien aber nicht einverstanden. Bei den Energiethemen sei es ähnlich. Auf die Einwohnergleichwerte von 44'000 sei hingewiesen worden. Aus den veröffentlichten Zahlen gehe dies aber nicht genau hervor. Über den Daumen gepeilt gebe es einen geschätzten Wert von knapp 40 Kilowattstunden pro Einwohner. Der Richtwert, der vom Kanton vorgesehen sei, liege bei 30 Kilowattstunden pro Einwohner. Das heisse, dass sie 25% über diesem Richtwert seien. Wenn das auf die Stromkosten umgelegt werde, seien es schnell Beträge von CHF 50'000.- bis CHF 60'000.- im Jahr, die eingespart werden könnten. Dass hier kein Handlungsbedarf gesehen werde, könnten sie nicht ganz nachvollziehen. Sie würden sicher dranbleiben. Er nehme das Angebot gerne an, die ARA einmal anzuschauen und detailliertere Informationen zu erhalten.

Die Interpellation betreffend Anschluss von Schönenberg an die ARA Wädenswil gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

06.03.01

7. Einbürgerungen:

CLAYFIELD geb. Nitzsche Anke, geb. 9. April 1966 in Hamburg (Deutschland), geschieden, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Grossengadenstrasse 5

Einbürgerungsgebühr: CHF 2'400.--
Referent: Ivo Peyer

KARUNAKARAN geb. Nadarajah Sathiyabama, geb. 2. November 1976 in Tellipalai (Sri Lanka), verheiratet (mit Karunakaran Ramalingam, hat sein Einbürgerungsgesuch zurückgezogen) und ihre Kinder **Kishany**, geb. 4. Mai 2003 in Horgen ZH, und **Kishanth**, geb. 5. August 2004 in Horgen ZH, alle sri-lankische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Speerstrasse 15

Einbürgerungsgebühr: CHF 2'400.--
Referentin: Nadia Schüpbach

KHANGSAR geb. Bhuti Nyima, geb. 10. Mai 1961 in Nabha (Indien), verheiratet (mit Tsultrim Khangsar, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht miteinbezogen) und Sohn **Tenzin Yeshi**, geb. 18. September 2004 in Zürich ZH, beide chinesische Staatsangehörige (tibetischer Herkunft), wohnhaft in Wädenswil, Stegstrasse 17b

Einbürgerungsgebühr: CHF 2'400.--
Referentin: Nadia Schüpbach

LJAJIC Florina Linda, geb. 11. September 1986 in Prizren (Kosovo), ledig, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Zopfstrasse 16

Einbürgerungsgebühr: CHF 2'400.--
Referent: Hans Roth

MOSKOVA Mayya, geb. 25. Mai 2004 in Moskau (Russland), ledig, zyprische und russische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Bürglistrasse 20

Einbürgerungsgebühr: CHF 1'200.--
Referent: André Zürrer

NEUJAHR Nils, geb. 23. März 1971 in Dresden (Deutschland), verheiratet (mit Anna Neujahr geb. Bugara, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht miteinbezogen), deutscher Staatsangehöriger, und sein Sohn **Herbert Maximilian**, geb. 24. Oktober 2012 in Horgen ZH, deutscher und polnischer Staatsangehöriger, beide wohnhaft in Au-Wädenswil, Apfelmatten 11

Einbürgerungsgebühr: CHF 2'400.--
Referentin: Sandy Bossert

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter fügt hinzu, dass mit der Zustimmung durch den Gemeinderat alle heute Abend das Wädenswiler Bürgerrecht erworben hätten, unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton. Herzliche Gratulation an alle. Sie bitte sie, dass sie doch von den neuen Rechten Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen sollen.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage von Gemeinderatspräsidentin Monika Greter keine Einwände erhoben.

Gemeinderatspräsidentin Monika Greter schliesst die Sitzung.

Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv.